

Erstes Bürgerbegehren gibt 4049 Unterschriften ab!

- „Wandsbek für gute Integration“ gibt als erstes Bürgerbegehren 4049 Unterschriften ab
- Die Initiatoren von „Gemeinsam in Poppenbüttel“ haben das Bürgerbegehren gestartet
- Die Unterschriften wurden in nur vier Tagen gesammelt
- Die Hauptsammelpunkte lagen in Hummelsbüttel und Poppenbüttel

12. April 2016

Am 11. April 2016 haben die Initiatoren von „Gemeinsam in Poppenbüttel“ 4049 Unterschriften im Bezirksamt Wandsbek abgegeben. Für ein Drittelquorum wären nur 2212 Unterschriften nötig gewesen.

„Dass so viel mehr Unterschriften gesammelt werden konnten, als nötig gewesen wären, verdanken wir vielen engagierten Mitstreitern, die von Tür zu Tür gegangen sind, auf Märkten und in Einkaufszentren gestanden haben oder in den Geschäften gesammelt haben“, sagten Vertreter der Initiative. „Wir bedanken uns bei allen Helfern für ihr Engagement.“

Die gesamten Unterschriften wurden in einem relativ kleinen Radius gesammelt: Die Hauptsammelorte lagen in Hummelsbüttel, Poppenbüttel, Alstertal und Walddörfer. Somit war ein großer Teil von Wandsbek noch nicht mit einbezogen. „Wäre das der Fall gewesen, wären deutlich mehr Unterschriften gesammelt worden“, sind sich die Vertreter von „Wandsbek für gute Integration“ sicher.

Mit dem Bürgerbegehren soll aus Respekt vor dem laufenden Volksgesetzgebungsverfahren "Hamburg für gute Integration" sichergestellt werden, dass bis zur Durchführung des Volksentscheides (oder bis zur einvernehmlichen Beendigung des Volksgesetzgebungsverfahrens) seitens der Verwaltung keine gegenläufigen Maßnahmen oder Entscheidungen getroffen bzw. vollzogen werden. Da ein laufendes Volksabstimmungsverfahren keine Sperrwirkung entfaltet, ist die parallele Durchführung des Bürgerbegehrens erforderlich, um zu vermeiden, dass der Freien und Hansestadt Hamburg im Falle der erfolgreichen Durchführung des Volksentscheides Rückbaukosten und/oder Schadensersatzforderungen zur Last fallen. Im Ergebnis zielt das Bürgerbegehren auf ein Moratorium, um das Volksgesetzgebungsverfahren in geordneten Bahnen durchführen zu können.

Zum Hintergrund

Im Rahmen der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“ wurden in der Zeit vom 26. Februar bis zum 2. März 2016 in nur knapp 5 Tagen über 26.000 Unterschriften gesammelt.

Sowohl Vizekanzler Sigmar Gabriel als auch Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks haben sich zuletzt öffentlich für kleine Einheiten bei der Flüchtlingsunterbringung bzw. für einen gemischten Wohnungsbau anstelle von Flüchtlingswohnungsbau ausgesprochen.